

Niederschrift

über die 11. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 13.04.2011, 17:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

- 1 . Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2 . Vorlage des Entwurfs der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Geilenkirchen für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: 370/2011
- 3 . Vorlage des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Geilenkirchen für den Zeitraum 2011 bis 2014
Vorlage: 373/2011
- 4 . Beratung über den Bericht über die überörtliche Prüfung der Eröffnungsbilanz der Stadt Geilenkirchen der Gemeindeprüfungsanstalt
Vorlage: 377/2011
- 5 . Prüfung der Eröffnungsbilanz (EÖB) der Stadt Geilenkirchen zum 01.01.2009
Vorlage: 376/2011
- 6 . 64. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Geilenkirchen - Windkraft

Beratung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 1, § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen

Verabschiedung des Planentwurfes zur Offenlage und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 408/2011
- 7 . Beratung und Beschlussfassung über die Detailausführung des Fahrbahnoberbelags im Bereich der Busspur des II. Bauabschnitts der Konrad-Adenauer-Straße
Vorlage: 404/2011
- 8 . Nochmalige Beratung über die Oberflächenneugestaltung der Rathauszufahrt im Rahmen des II. Bauabschnitts der Konrad-Adenauer-Straße
Vorlage: 381/2011
- 9 . Ergänzungssatzung der Stadt Geilenkirchen "Lindern, Winkelstraße"

Aufstellung einer Ergänzungssatzung gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3
BauGB für eine Fläche im Ortsteil Lindern, Winkelstraße
Verabschiedung der Satzung zur Offenlage und zur Beteiligung der berühr-
ten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
Vorlage: 375/2011

- 10 . Beratung und Beschlussfassung über die Aufstellung von Richtlinien für die
Vergabe von Finanzmitteln aus dem Verfügungsfonds im Projekt "Sanierung
Stadtzentrum Geilenkirchen"
Vorlage: 410/2011
- 11 . Vorstellung eines Konzepts zur "Weiterentwicklung des Wurmauenparks"
Vorlage: 403/2011
- 12 . Vorstellung und Beratung über die Herstellung eines gestifteten Kunstwer-
kes auf der Bahnhofsvorfläche im Stadtteil Lindern
Vorlage: 383/2011
- 13 . Beratung über die Art und Weise der Bürgerbeteiligung bei kommunalen
Vorhaben
Vorlage: 327/2011
- 14 . Resolution zum Atomkraftwerk Tihange
Vorlage: 415/2011
- 15 . Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
- 16 . Fragestunde für Einwohner

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Bürgermeister Thomas Fiedler

Mitglieder

2. Nikolaus Bales
3. Marko Banzet
4. Franz Beemelmanns
5. Hans-Jürgen Benden
6. Karl-Peter Conrads
7. Klaus Dohlen
8. Uwe Eggert
9. Dr. Stefan Evertz
10. Toska Frohn
11. Johann Graf
12. Theresia Hensen
13. Horst-Eberhard Hoffmann
14. Karin Hoffmann bis Ende TOP 6 (19:45 Uhr)

15. Rainer Jansen
16. Gabriele Kals-Deußen
17. Michael Kappes
18. Dipl. Ing. Stefan Kassel
19. Wilfried Kleinen
20. Heinz Kohnen
21. Christian Kravanja
22. Leonhard Kuhn
23. Gerd Latour
24. Markus Melchers
25. Manfred Mingers
26. Dr. Joachim Möhring
27. Uwe Neudeck
28. Hans-Josef Paulus
29. Manfred Schumacher ab TOP 2
30. Barbara Slupik
31. Manfred Solenski
32. Kurt Sybertz
33. Raimund Tartler
34. Marlis Tings
35. Dipl.-Ing. Harald Volles
36. Wilhelm Josef Wolff

von der Verwaltung

37. I. Beigeordneter Hans Hausmann
38. Beigeordneter Herbert Brunen
39. Heinrich Gemünd
40. Alexander Jansen
41. Peter Klee
42. Lea Schmitz

Protokollführerin:

43. Tina Offermanns

Es fehlten:

44. Herbert Brandt
45. Dipl. Ing. Johannes Henßen
46. Ruth Thelen

Bürgermeister Fiedler eröffnete um 17:00 Uhr die Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen. Er begrüßte alle Anwesenden insbesondere die zahlreichen Zuschauer und Vertreter der Presse. Er stellte die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Die Stadtverordneten Brandt, Henßen und Thelen fehlten entschuldigt. Die Niederschrift der Sitzung vom 02.03.2011 sei nicht beanstandet worden.

Stadtverordneter Dr. Evertz meldete sich zu Wort und beantragte, dass unter dem Punkt „Verschiedenes“ erneut über die Thematik „Regelung der Zufahrt zum Rathaus während der Bauphase“ beraten werde. Der Rat nahm den Antrag zustimmend zur Kenntnis.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wies Bürgermeister Fiedler darauf hin, dass den Stadtverordneten eine Vorlage zur Ratssitzung am 25.05.2011 ausgeteilt worden sei. Thematisch handele es sich um den Beitritt der Stadt zu einer neuen Gesellschaft unter Federführung der EWV. Aufgrund des Umfangs der Vorlage und zwecks der Beratung in den Fraktionen habe man diese den Stadtverordneten zum frühestmöglichen Zeitpunkt zur Verfügung stellen wollen.

Weiterhin schlug er vor, vor dem Hintergrund des Beschlusses im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung den Punkt 11 von der Tagesordnung zu nehmen.

Beschluss:

Der Rat stimmte dem Vorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

Bürgermeister Fiedler führte weiter aus, dass er den Punkt 12 der Tagesordnung entgegen vorheriger Überlegungen aufgrund neuer Erkenntnisse auf der Tagesordnung belassen wolle. Er rief zur Abstimmung auf, ob der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt werden solle.

Beschluss:

Der Rat beschloss mit 23 Nein-Stimmen und 12 Ja-Stimmen die Beibehaltung des Punktes auf der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	12
Nein:	23
Enthaltung:	0

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Fiedler teilte mit, dass am Freitag dieser Woche der Landtag in zweiter Lesung über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des § 76 GO NRW beraten werde. Der Gesetzentwurf sehe eine entscheidende Änderung der Frist vor, in der eine Kommune den Ausgleich ihres Haushalts wieder erreiche. Der aktuelle Beschlussentwurf des Ausschusses für Kommunalpolitik vom 8. April sehe folgende Änderung vor:

„(Das Haushaltssicherungskonzept)...bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung soll nur erteilt werden, wenn aus dem Haushaltssicherungskonzept hervorgeht, dass spätestens im zehnten auf das Haushaltsjahr folgende Jahr der Haushaltsausgleich nach § 75 GO Abs. 2 wieder erreicht wird. Im Einzelfall kann durch Genehmigung der Bezirksregierung auf der Grundlage eines individuellen Sanierungskonzeptes von diesem Konsolidierungszeitraum abgewichen werden. Die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden.“

Unter der Voraussetzung, dass der Landtag diesem Beschlussentwurf folge, müsse die Stadt Geilenkirchen in absehbarer Zeit ein neues Haushaltssicherungskonzept vorlegen, in dem sie nachweise, dass sie bis 2021 wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorlege.

Der Rat stimme deshalb heute über ein Haushaltssicherungskonzept ab, das mit einiger Wahrscheinlichkeit demnächst wieder geändert werden müsse. Das ändere nichts an der Notwendigkeit der heutigen Beratung und Abstimmung. Es sei ihm jedoch wichtig, die Ratsmitglieder vor Eintritt in die heutige Tagesordnung über die aktuelle Entwicklung auf Landesebene zu informieren.

TOP 2 Vorlage des Entwurfs der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Geilenkirchen für das Haushaltsjahr 2011

Vorlage: 370/2011

Bürgermeister Fiedler erläuterte, dass Haushaltssitzungen traditionell sehr wichtig seien. Im Vorhinein habe er sich mit den einzelnen Fraktionen über folgendes Vorgehen verständigt: nach den Haushaltsreden, die in der Reihenfolge CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Freie Bürgerliste, FDP und Die Linke gehalten würden, folge die Abstimmung über die einzelnen vorab eingereichten Anträge der Fraktionen und dann die Abstimmung über Punkt 2 bzw. 3 der Tagesordnung, wobei die Punkte aufgrund ihres Zusammenhangs gemeinsam beraten würden. Er bitte die Vortragenden bei ihren Reden, den Zeitrahmen von 10 bis 15 Minuten im Auge zu behalten.

*Es folgten die Haushaltsreden der einzelnen Fraktionsvorsitzenden. Sämtliche Reden sind als **Anlage** dem Protokoll der Sitzung beigelegt.*

Bürgermeister Fiedler schlug wie angekündigt vor, nun über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion „Höhere Priorität für die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses Nirm“ zu beraten und erteilte dem Stadtverordneten Hoffmann das Wort.

Stadtverordneter Hoffmann erklärte, dass es bei dem Antrag nicht um Erhöhung des finanziellen Aufwands für die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Nirm sondern um eine höhere Priorisierung des Vorhabens gehe. Um eine vernünftige Ausbildung der Feuerwehr in Nirm zu gewährleisten, sei dies notwendig.

Stadtverordneter Wolff warf ein, dass er die Diskussion der Änderungsanträge an dieser Stelle angesichts der voraussichtlichen Ablehnung des Haushalts von drei Fraktionen bzw. Parteien für seltsam halte. Ohne Haushalt hätten auch die Änderungsanträge keinen Sinn.

Bürgermeister Fiedler entgegnete, dass er den Einwand des Stadtverordneten nachvollziehen könne. Wenn jedoch einem der Anträge zugestimmt würde, dann könnte dies auch bei Aufstellung einer neuen Haushaltssatzung berücksichtigt werden. Durch eine Abstimmung am heutigen Abend könne die Wichtigkeit der Anträge eingestuft werden und man müsse sich nicht erneut mit diesen Sachen auseinandersetzen, wenn der Haushalt tatsächlich neu aufgestellt würde. In diesem Zusammenhang wies er ausdrücklich darauf hin, dass im Falle einer Ablehnung des von der Verwaltung vorgeschlagenen Haushalts sowohl die CDU als auch die FDP Farbe bekennen und ihre Ablehnungsgründe durch eigene Vorschläge bekräftigen müssten.

Stadtverordneter Hoffmann machte deutlich, dass nicht nur der Antrag sondern auch weitere Vorstellungen der SPD-Fraktion bei erneuter Aufstellung des Haushalts Berücksichtigung finden sollten.

Stadtverordneter Wolff bemerkte, dass der komplette Antrag populistische Züge trage. Immerhin trete der Stadtverordnete Kohnen bereits seit Jahren für den Ausbau des Feuerwehrhauses in Nirm ein. Zudem liege ihm die Information vor, dass ohnehin alle Vorhaben des Konzepts bis Position 36 verwirklicht würden. Daher sei unerheblich auf welcher Position das Projekt aufgeführt werde; an der Realisierung würde es nichts ändern.

Bürgermeister Fiedler bestätigte die Einschätzung des Stadtverordneten Wolff.

Stadtverordneter Benden betonte, dass über die Anträge seiner Fraktion ebenfalls in der heutigen Sitzung abgestimmt werden solle.

Beschluss:

Der Rat der Stadt lehnte den Änderungsantrag der SPD-Fraktion „Höhere Priorität für die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses Nirm“ mit 20 Nein-Stimmen, 15 Ja-Stimmen und einer Enthaltung ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	20
Enthaltung:	1

Als nächsten Punkt rief Bürgermeister Fiedler den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf „Kostenreduzierung der freiwilligen Leistungen unter Sachkonto 23000.72800 Zuschuss zum Schuldendienst Sporthalle Gymnasium St. Ursula“ auf. Laut Antrag solle der Schuldendienst in Höhe von 5.150 € nur noch getragen werden, wenn die geförderte Sporthalle im Gegenzug nach Beendigung des Schulsportes auch den Geilenkirchener Vereinen zur Verfügung gestellt werde. Im Vorfeld habe er dem Schulleiter des Gymnasiums St. Ursula, Herrn Küsters, die Situation bzw. den Änderungsantrag geschildert. Herr Küsters habe ihn zum einen darüber informiert, dass die Sporthalle des Gymnasiums zwei Abende pro Woche

von Bürgerinnen und Bürgern genutzt werde. Zum anderen habe er durchaus Gesprächsbereitschaft für Nutzungsmöglichkeiten der Halle durch Geilenkirchener Vereine signalisiert.

Stadtverordneter Benden teilte mit, dass er vor kurzem eine anderslautende Stellungnahme des Schulverwaltungs-, Sport- und Kulturamtes der Stadt in der oben benannten Angelegenheit erhalten habe. Ihm sei mitgeteilt worden, dass die Nutzung der Halle durch Vereine nicht möglich sei. In Bezug auf den Antrag führte er aus, dass es nicht in erster Linie um die finanzielle Einsparung von 5.150 € gehe und das Gymnasium nicht bewusst einen Nachteil erlangen sollte. Vielmehr gehe es um das gute Zusammenleben in der Stadt und die prekäre Situation der Vereine sowie die geringen Hallenkapazitäten. Angesichts dessen sollte vielleicht auch noch einmal die CDU in sich gehen und von ihrem angekündigten „Nein“ zum Antrag abweichen. Diese Möglichkeit müsse den Vereinen eingeräumt werden.

Stadtverordneter Wolff entgegnete, dass es seiner Fraktion bei Ablehnung der Änderungsanträge nicht um konkrete Anträge gehe. Sie seien einfach der Meinung, dass alle freiwilligen Ausgaben gleichmäßig und gerecht gekürzt werden müssten. Daher werde seine Fraktion nicht nur gegen diesen sondern auch gegen den folgenden Antrag stimmen.

Stadtverordneter Mingers warf ein, dass er dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen werde. Seines Erachtens könne an Ausgaben für Bildung und Erziehung, zu denen der in Rede stehende Zuschuss gehöre, nicht gespart werden. Zudem habe er den Eindruck, dass es sich bei der Androhung der Entziehung des Zuschusses um nicht angebrachtes „Geschachere“ handle. Im Gegensatz dazu sei das zuvor geführte Gespräch mit dem Schulleiter sehr sinnvoll gewesen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen lehnte den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Kostenreduzierung bei den freiwilligen Leistungen/Sachkonto 23000.72800 Zuschuss zum Schuldendienst Sporthalle Gymnasium St. Ursula“ mit 20 Nein-Stimmen, 15 Ja-Stimmen und einer Enthaltung ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	20
Enthaltung:	1

Bürgermeister Fiedler stellte den zweiten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Kostenreduzierung bei den freiwilligen Leistungen/Sachkonto 23000.71800 Zuweisungen an Gymnasium St. Ursula“ zur Beratung.

Stadtverordneter Benden erläuterte, dass der Antrag an sich sehr logisch sei. Aus dem Konjunkturpaket II habe das Gymnasium 700.000 € Zuschüsse erhalten, die die Schule zur energetischen Sanierung eines Teils ihrer Gebäude verwendet habe. Hierdurch würde die Schule langfristig Energiekosten einsparen. In seiner Haushalts-

rede habe er es ebenfalls bereits erwähnt: diese Zahlung könne nicht pro forma immer weiter erfolgen. Daher schlage seine Fraktion die Senkung der Zahlung um 10% sowie die Festlegung des Zuschusses auf einen Höchstbetrag vor. In der Stadt Aachen gebe es ebenfalls ein Gymnasium St. Ursula, das seitens der Stadt nicht finanziell unterstützt werde; offenbar bedeute dies für die Schule in Aachen nicht den Untergang. Und dies werde auch in Geilenkirchen trotz Kürzung der Mittel nicht der Fall.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen lehnte den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Kostenreduzierung bei den freiwilligen Leistungen/Sachkonto 23000.71800 Zuweisungen an Gymnasium St. Ursula“ mit 20 Nein-Stimmen, 14 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	20
Enthaltung:	2

Zum dritten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Kostenreduzierung bei den freiwilligen Leistungen/Sachkonten 55000.71800 – 45100.71800-33100.71800 Barzuschüsse an Vereine“ führte Stadtverordneter Benden aus, dass für die Vereine 13.000 € zur Verfügung gestellt werden sollten. Durch die vorher beantragte Deckelung der Zahlung an das Gymnasium wäre der Betrag von 13.000 € eingespart worden. Er betonte, welche wichtige Funktion Vereine im sozialen Gefüge einnehmen und wie viel Vereine durch ihre Jugendarbeit leisten würden. Daher könne der Zuschuss nicht ohne weiteres einfach einbehalten werden.

Stadtverordneter Kravanja stimmte zu, dass die Vereine eine wichtige Stütze in der Stadt Geilenkirchen seien. Natürlich seien auch Zuschüsse für einzelne Vereine wichtig. Die Vereine seien jedoch bereits darüber unterrichtet worden, dass die Zuschüsse gestrichen würden; alle Vereine hätten sich mit der Situation arrangiert. Daher sei die Zahlung der Mittel nicht zwingend notwendig und im Haushalt auch nicht mehr vorgesehen. Daher werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen lehnte den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Kostenreduzierung bei den freiwilligen Leistungen/Sachkonto 23000.71800 Zuweisungen an Gymnasium St. Ursula“ mit 23 Nein-Stimmen, 11 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	11
Nein:	23
Enthaltung:	2

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass nun der Antrag der Fraktion der Freien Bürgerliste auf Änderung des Haushaltssicherungskonzeptes durch eine Parkraumbewirtschaftung besprochen werde.

Stadtverordneter Mingers fragte nach, ob die im Antrag angegebenen Zahlen realistisch seien. Demnach könnten in vier Jahren eine Million Euro erzielt werden und niemand werde zur Abgabe der Parkgebühren gezwungen, da es auch kostenfreie Parkzonen gebe. Zudem sei eine „Brötchentaste“ vorgesehen. Sollten die Zahlen stimmen, halte er den Antrag für genial.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass zunächst auch Investitionen zur einmaligen Einrichtung der Automaten anfallen würden. Erkundigungen in Heinsberg hätten ergeben, dass dort mit Parkgebühren jährlich ca. 250.000 € an Einnahmen erzielt würden. Zu beachten sei jedoch, dass Heinsberg im Vergleich zu Geilenkirchen über ein besseres Kontrollsystem verfüge. Dies sei auf die bessere Personalausstattung und strengere Kontrollen zurück zu führen. Heinsberg habe außerdem mehr Parkmöglichkeiten, wenngleich es keine „Brötchentaste“ gebe.

Stadtverordneter Kravanja erklärte, dass er als Mitarbeiter der Stadt Jülich natürlich nicht gerne mit Beispielen aus Jülich aufwarte. Als Beschäftigter in der Stadtkasse könne er mitteilen, dass dort wöchentlich 8.000 – 10.000 € an Einnahmen aus Parkgebühren eingenommen würden. Zu erwähnen sei auch, dass Jülich eine „Brötchentaste“ habe und kostenfreies Parken an Samstagen anbiete. Auf 52 Wochen hochgerechnet ergebe sich ein Betrag von ca. 500.000 €. Würde dieser Betrag um Personal- und Wartungskosten bereinigt, ergebe sich durchaus die im Antrag angegebene Summe.

Stadtverordneter Wolff verdeutlichte, dass seine Fraktion sich intensiv mit dem Vorschlag auseinandergesetzt habe. Natürlich seien Parkgebühren eine attraktive Einnahmequelle. Man wisse aber auch um die schwierige Situation der Einzelhändler in der Innenstadt. Nach der Parteiveranstaltung der Freien Bürgerliste und dem Bericht über Parkgebühren in der Zeitung hätten sich viele entsetzte Bürgerinnen und Bürger mit zahlreichen Fragen an die CDU-Fraktion gewandt. Vor diesem Hintergrund sei seine Fraktion zu der Auffassung gelangt, dass momentan keine Parkgebühren für die Innenstadt erhoben werden sollten. Die zukünftige Entwicklung in der Innenstadt mit Hinblick auf das neue Einkaufszentrum und die Fertigstellung des Bauabschnittes könne nicht genau eingeschätzt werden. Um keine Käufer abzuschrecken, sollte zumindest momentan nicht über Parkgebühren entschieden werden.

Stadtverordneter Hoffmann teilte mit, dass seine Fraktion dem Vorschlag positiv gegenüber stehe. Er halte es aber auch für sinnvoll, das Ende der Bauarbeiten in der Innenstadt abzuwarten. Darüber hinaus würde ihn interessieren, wie die CDU-Fraktion nach Beendigung der Bauarbeiten und Eröffnung des Einkaufszentrums zu dem Vorhaben stehe.

Stadtverordneter Jansen fragte nach, ob eine Verkabelung für Parkautomaten nicht während der jetzigen Bauphase verlegt werden müsse und wie teuer die einmalige Installation derartiger Automaten sei.

I. Beigeordneter Hausmann entgegnete, dass er die Kosten für eine solche Maßnahme heute nicht beziffern könne. Überwiegend seien die Automaten jedoch solarbetrieben, so dass eine Verkabelung nicht notwendig sei.

Stadtverordneter Solenski versicherte, dass die FDP-Fraktion in der Angelegenheit nach Abschluss der Bauarbeiten und Einrichtung des Einkaufszentrums gesprächsbereit sei.

Stadtverordneter Wolff wiederholte, dass seine Fraktion dem Vorhaben momentan eher negativ gegenüber stehe. Es sei zukünftig eine Vielzahl an Parkplätzen vorhanden und wenn über Parkgebühren gesprochen werde, dann müssten konkrete Zahlen ermittelt werden. Der vorliegende Antrag sei unausgereift und schrecke momentan zu viele Personen auf.

Stadtverordneter Conrads ergänzte, dass die Bewirtschaftung von Parkraum mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung ohnehin verfassungswidrig sei.

Stadtverordneter Eggert meinte, dass der Geilenkirchener Einzelhandel sich nicht grundsätzlich gegen eine Parkraumbewirtschaftung ausspreche. Dies sei unter anderem abhängig von der Nutzung des Parkraums im neuen Einkaufszentrum. Je nach Auslastung der Innenstadt zu Spitzenzeiten könne auch mit dem Einzelhandel über ein Konzept zur Parkraumbewirtschaftung gesprochen werden.

Stadtverordneter Kravanja betonte, dass ihm wichtig sei, dass wenn dem Antrag seitens der Fraktionen momentan vielleicht nicht zugestimmt werde, eine erneute Beratung in einiger Zeit aber wieder möglich sei. Zudem gehe es im Antrag nicht in erster Linie um die Erzielung von Einnahmen. Aus Sicht seiner Fraktion würde durch eine monetäre Bewirtschaftung bspw. das Problem der Dauerparker gelöst. Dennoch bitte er um Abstimmung über den Antrag.

Bürgermeister Fiedler wies darauf hin, dass sich die im Anschluss stattfindende Abstimmung über den Antrag der Fraktion der Freien Bürgerliste nicht auf die grundsätzliche Einrichtung oder Ablehnung einer Parkraumbewirtschaftung in der Geilenkirchener Innenstadt beziehe. Vielmehr werde der Antrag in Bezug auf die Änderung des Haushaltssicherungskonzeptes behandelt. Diese Unterscheidung sei sehr wichtig.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen lehnte den Antrag der Fraktion der Freien Bürgerliste auf Änderung des Haushaltssicherungskonzeptes in Bezug auf die Parkraumbewirtschaftung mit 22 Nein-Stimmen, 12 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	12
Nein:	22
Enthaltung:	2

Bürgermeister Fiedler fuhr fort, dass nun über den zweite Antrag der Fraktion der Freien Bürgerliste auf Streichung des Satzes 3 unter Punkt 5 Abschnitt IV. des Haushaltssicherungskonzeptes („Die im Investitionsprogramm der vergangenen Jahre bereits eingeplante Errichtung einer Turnhalle an der GGS Gillrath und den Bau einer Mensa an der städtischen Realschule sollen nicht durchgeführt werden.“) und Ersetzung durch folgenden Satz: „Die im Investitionsprogramm der vergangenen Jahre bereits eingeplante Errichtung einer Turnhalle an der GGS Gillrath und der Bau einer Mensa an der Städtischen Realschule werden bis auf weiteres ausgesetzt“ beraten werde.

Stadtverordneter Kravanja erklärte, dass das Wort „sollen“ in der bisherigen Fassung des Satzes intendiertes Ermessen ausdrücke. Dies bedeute, dass eine anderslautende Entscheidung nur getroffen werden könne, wenn wesentliche bedeutende Gründe dafür sprechen würden. Das Wort „sollen“ habe im rechtlichen Zusammenhang also beinahe die Stellung eines „müssen“. Daher schlage seine Fraktion die etwas offenere Formulierung vor.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen stimmte dem Antrag der Fraktion der Freien Bürgerliste auf Änderung des Haushaltssicherungskonzeptes in Bezug auf die Abänderung der Formulierung zur Turnhalle an der GGS Gillrath mit 32 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und einer Enthaltungen zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	3
Enthaltung:	1

Letztlich rief Bürgermeister Fiedler zur Debatte über den zweiten Antrag der SPD-Fraktion „Bauliche Veränderungen am Bahnübergang Lindern“ auf.

Stadtverordneter Hoffmann erläuterte, dass der Antrag kein Ergänzungsantrag zum Haushalt sei. Vielmehr ziele er darauf ab, eine bauliche Veränderung am Bahnübergang Lindern aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation nicht zuzulassen. Allen sei die missliche Lage am Bahnübergang bewusst. Es habe sich sogar eine Bürgerinitiative gebildet. Um in dieser Situation mit einem minimalen Mitteleinsatz Abhilfe zu schaffen, schlage seine Fraktion folgende Änderungen vor:

- ein Geradeaus-Richtungspfeil auf der Ampel aus Richtung Randerath
- Unterbrechung der durchgehenden Linien aus beiden Richtungen kommend

Stadtverordneter Kuhn meinte, dass der Enthusiasmus der SPD-Fraktion und des Stadtverordneten Hoffmann in dieser Angelegenheit aller Ehren wert sei. Er könne jedoch versichern, dass alle Möglichkeiten die Situation in Lindern zu beheben ausgeschöpft seien und dies alle Behörden ausführlich geprüft hätten. Einzig die Einrichtung einer dritten Spur sei aus verkehrstechnischen Gründen akzeptabel.

Stadtverordneter Solenski bestätigte die Aussage des Stadtverordneten Kuhn.

Stadtverordneter Benden fragte nach, ob der Vorschlag der SPD-Fraktion aus straßenverkehrsrechtlichen Gründen überhaupt durchführbar sei und ob die Aussagen des Stadtverordneten Kuhn korrekt seien.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass der Stadtverordnete Kuhn die Situation in Lindern richtig darstelle. Es seien zur Diskussion der Lage viele Behörden darunter bspw. der Kreis Heinsberg, die Kreispolizeibehörde, das Eisenbahnbundesamt und die Bezirksregierung, beteiligt worden. Nach zahlreichen Überlegungen und Gesprächen habe sich nur eine rechtlich vertretbare Lösung herauskristallisiert. Alles andere als die Einrichtung einer dritten Spur sei unzulässig. Der jetzige Zustand sei durch ein vom Eisenbahnbundesamt durchgeführtes Planfeststellungsverfahren genehmigt worden. Dieses müsste zur Abänderung des jetzigen Zustands erneut durchgeführt werden. Im Übrigen habe man sogar über eigens für die Situation am Bahnübergang entworfene Verkehrsschilder nachgedacht. Es sei aber nur die „große Lösung“ mit einer dritten Spur möglich.

Stadtverordneter Hoffmann warf ein, dass die von seiner Fraktion vorgeschlagene Lösung auf Informationen darüber beruhe, dass genau die Lösung seitens der Behörden nicht geprüft worden sei. Der Antrag solle aufrecht erhalten werden und die Verwaltung werde gebeten, die Lösung zu prüfen.

Bürgermeister Fiedler bat den Rat um Abstimmung darüber, ob die Verwaltung den Antrag der SPD-Fraktion prüfen solle und eine schriftliche Stellungnahme über das Ergebnis verfasse.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen lehnte den vorgenannten Vorschlag des Bürgermeisters auf Prüfung des Antrags der SPD-Fraktion mit 23 Nein-Stimmen, 9 Ja-Stimmen und vier Enthaltungen ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	9
Nein:	23
Enthaltung:	4

Bürgermeister Fiedler schlug nun die Abstimmung über den von der Verwaltung eingebrachten Entwurf der Haushaltssatzung mit –plan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2011 vor.

Beschluss:

Der Rat der Stadt lehnte die Haushaltssatzung mit –plan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2011 in der vorliegenden Fassung ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	16
-----	----

Nein:	20
Enthaltung:	0

Nach der Beschlussfassung machte Bürgermeister Fiedler an die Presse gewandt darauf aufmerksam, dass die Verwaltung den Haushalt über Monate erarbeitet und in mehreren Gesprächen mit den Fraktionen abgestimmt habe. Jetzt seien die Verwaltung und er natürlich sehr gespannt, welche Vorschläge seitens der CDU und FDP Fraktionen zur Entwicklung des Haushaltes unterbreitet würden.

TOP 3 Vorlage des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Geilenkirchen für den Zeitraum 2011 bis 2014
Vorlage: 373/2011

Da der Haushalt unter TOP 2 nicht verabschiedet wurde, entfiel die Abstimmung über das Haushaltssicherungskonzept der Stadt.

TOP 4 Beratung über den Bericht über die überörtliche Prüfung der Eröffnungsbilanz der Stadt Geilenkirchen der Gemeindeprüfungsanstalt
Vorlage: 377/2011

Der Rat nahm das Ergebnis zur Kenntnis.

TOP 5 Prüfung der Eröffnungsbilanz (EÖB) der Stadt Geilenkirchen zum 01.01.2009
Vorlage: 376/2011

Beschluss:

1) Der Rat stellt die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 in der vorliegenden vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Fassung mit Anlagen fest.

2) Auf Vorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses beschließt der Rat die Entlastung des Bürgermeisters.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 6 64. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Geilenkirchen - Windkraft

Beratung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffent-

**licher Belange gemäß § 3 Abs. 1, § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen
Stellungnahmen**

**Verabschiedung des Planentwurfes zur Offenlage und zur Beteiligung
der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3
Abs. 2, § 4 Abs. 2 BauGB**

Vorlage: 408/2011

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass alle Argumente in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung diskutiert worden seien und während der Sitzung kein Stein umgedreht geblieben sei. In der heutigen Sitzung sollten wenn nötig nur noch allgemeine Beiträge zum Thema gemacht werden.

Stadtverordneter Wolff stimmte zu, dass die Thematik in der Tat durchdiskutiert worden sei. Wie in der Sitzung des Ausschusses beantrage die CDU-Fraktion erneut geheime Abstimmung über die einzelnen Punkte.

Stadtverordnete Frohn erklärte, dass ihre Fraktion sich in der letzten Ausschusssitzung nicht geäußert habe. Im Prinzip befürworte man erneuerbare Energien; in der Angelegenheit gebe es in der Fraktion aber auch divergierende Meinungen.

Aus der Mitte des Rates wurden Stadtverordnete Hensen und Stadtverordneter Kravanja zu Stimmenzählern für die geheime Abstimmung bestimmt.

Beschluss:

1) Konzentrationszone Tripsrath Nord-Ost

Über die eingegangenen Stellungnahmen wurde entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung abgewogen.

Der Entwurf der 64. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Geilenkirchen sowie die vorliegenden wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen werden zur Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	21
Nein:	15
Enthaltung:	0

2) Konzentrationszone Lindern/Beeck

Über die eingegangenen Stellungnahmen wurde entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung abgewogen.

Der Entwurf der 64. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Geilenkirchen sowie die vorliegenden wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen werden zur Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	25
Nein:	10
Enthaltung:	1

**TOP 7 Beratung und Beschlussfassung über die Detailausführung des
Fahrbahnoberbelags im Bereich der Busspur des II. Bauabschnitts
der Konrad-Adenauer-Straße
Vorlage: 404/2011**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschloss einstimmig, den Auftrag an die bauausführende Firma dahingehend abzuändern, dass der Fahrbahnoberbelag im Bereich der Busspur der Konrad-Adenauer-Straße in dunklem Fließbeton mit 10% Färbmittel ausgeführt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	29
Nein:	0
Enthaltung:	6

**TOP 8 Nochmalige Beratung über die Oberflächenneugestaltung der Ra-
thauszufahrt im Rahmen des II. Bauabschnitts der Konrad-Adenauer-
Straße
Vorlage: 381/2011**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschloss die Oberflächenneugestaltung der Rathauszufahrt in folgender von der Verwaltung vorgeschlagener Form:

- entlang der Geschäfte in der Rathauszufahrt soll bis zum Torbogen das helle „Boulevard-Pflaster“ verlegt werden
- nach der Kanalerneuerung in der Rathauszufahrt (ca. 15m) soll in der Fahrbahn wieder das vorhandene anthrazitfarbene Betonsteinpflaster verlegt werden
- die Rinnen werden, wie vorhanden, in Natursteinpflaster verlegt
- das Sonderfarben-Pflaster wird vom Marktplatz aus kommend entlang der Bushaltestelle, vorbei am Rathausplatz bis zur Rathauszufahrt geführt

Abstimmungsergebnis:

Ja:	26
Nein:	2
Enthaltung:	7

**TOP 9 Ergänzungssatzung der Stadt Geilenkirchen "Lindern, Winkelstraße"
Aufstellung einer Ergänzungssatzung gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3
BauGB für eine Fläche im Ortsteil Lindern, Winkelstraße
Verabschiedung der Satzung zur Offenlage und zur Beteiligung der
berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
Vorlage: 375/2011**

Stadtverordneter Dr. Evertz erörtere, dass in der Stadt Geilenkirchen seit mehreren Jahren ökologischer Ausgleich durch Festsetzung von Auflagen erfolge. Der tatsächliche Ausgleich sei im Nachhinein aber nur noch schwer kontrollierbar. Daher plädiere er für die Einrichtung von Ökopunkten. Auf gezielt ausgesuchten Flächen könne dann der ökologische Ausgleich vorgenommen werden, z.B. in Form von Begrünung entlang verschiedener Wege oder Streuobstwiesen.

Bürgermeister Fiedler nahm den Beitrag des Stadtverordneten als Anregung entgegen.

Beschluss:

Die Ergänzungssatzung Lindern, Winkelstraße, wird aufgestellt. Der Entwurf der Ergänzungssatzung wird zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der berührten Träger öffentlicher Belange verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 10 Beratung und Beschlussfassung über die Aufstellung von Richtlinien
für die Vergabe von Finanzmitteln aus dem Verfügungsfonds im Pro-
jekt "Sanierung Stadtzentrum Geilenkirchen"
Vorlage: 410/2011**

Bürgermeister Fiedler führte aus, dass neben der Abstimmung über die Richtlinien zwei Vertreter aus der Mitte des Rates inklusive eines Stellvertreters benannt werden müssten.

Stadtverordneter Wolff schlug für die CDU-Fraktion den Stadtverordneten Kleinen vor; Stadtverordneter Hoffmann für die SPD-Fraktion den Stadtverordneten Eggert.

Stadtverordneter Benden schlug anstelle des Stadtverordneten Eggert den Stadtverordneten Jansen vor. Er schätze den Stadtverordneten Eggert sehr und mache den Vorschlag lediglich aus zwei Gründen. Zum Einen würde der Stadtverordnete Eggert den Bürgermeister seines Erachtens ohnehin als stellvertretender Bürgermeister in dem Gremium ersetzen. Zum Anderen sei der Stadtverordnete Mitglied im Vorstand des Aktionskreises, was teilweise zu Gewissenskonflikten führen könne. Der Stadtverordnete Jansen qualifiziere sich besonders durch Beratungstätigkeiten für in- und ausländische Unternehmen.

Stadtverordneter Conrads meinte, dass er dann auch die Stadtverordnete Frohn vorschlage.

Stadtverordneter Paulus fragte nach, ob man angesichts der Vorschläge nicht zwei Vertreter benennen könne. Auf diese Weise wären alle gewünschten Vertreter berücksichtigt und eine Kampfabstimmung könne vermieden werden.

Stadtverordneter Sybertz korrigierte den Stadtverordneten Benden, dass I. Beigeordneter Hausmann Vertreter des Bürgermeisters in dem Gremium sei.

Bürgermeister Fiedler warf ein, dass die Meldung über den Interessenskonflikt über die Vergabe der Sitze vielleicht früher hätte angesprochen werden können. Auf Nachfrage des Stadtverordneten Kravanja teilte er mit, dass nach der Gemeindeordnung NW beide Sitze der CDU-Fraktion zugestanden hätten. Nun lägen drei Vorschläge vor, die in der jetzigen Situation zu einer misslichen Lage führen würden.

Stadtverordneter Solenski sprach sich dafür aus, die Sitze normalerweise entsprechend der Mehrheiten im Rat durch die CDU und die SPD besetzen zu lassen.

Auf Nachfrage bestätigte Beigeordneter Brunen, dass beide Sitze nach dem d'Hondtschen Verfahren durch die CDU zu besetzen seien. Wenn es keinen gemeinsamen Wahlvorschlag gebe, müsse entsprechend der Bestimmungen des § 50 IV Satz 1 GO NW abgestimmt werden.

Stadtverordneter Hoffmann wies darauf hin, dass nach Auslegung des Bundesverfassungsgerichts Listenverbindungen zur ausschließlichen Erlangung von Sitzen in Gremien rechtlich unzulässig seien.

Bürgermeister Fiedler versicherte, dass die Verwaltung die notwendigen Erfordernisse des Verfahrens noch am Morgen ausführlich geprüft habe und forderte die Fraktionen gemäß des vorgeschriebenen Verfahrens auf, Listen für die beiden ständigen Sitze in der Fondsverwaltung vorzuschlagen.

Stadtverordneter Wolff teilte mit, dass die CDU-Fraktion eine Liste mit der FDP-Fraktion eingehe und die Stadtverordneten Kleinen und Frohn für die beiden Sitze vorschlage.

Beschluss:

Der Rat stimmte mit 26 Stimmen für die vorgeschlagene Liste.

Stadtverordnete Frohn und Stadtverordneter Kleinen wurden als Vertreter des Rates zu Mitgliedern der Fondsverwaltung des Verfügungsfonds im Projekt „Sanierung Stadtzentrum Geilenkirchen“ ernannt.
Beide nahmen die Wahl an.

Im Anschluss bat Bürgermeister Fiedler darum, Listen zur Benennung der Stellvertreter aufzustellen.

Stadtverordneter Wolff erklärte, dass die CDU-Fraktion auch hier mit der FDP-Fraktion eine Listenverbindung eingehe und die Stadtverordneten Conrads und Melchers benenne.

Stadtverordneter Eggert schlug in einer zweiten Liste den Stadtverordneten Jansen vor.

Beschluss:

Für die erste Liste stimmten 25 Ratsmitglieder. Für die zweite Liste stimmten 6 Ratsmitglieder.

Damit wurden die Vertreter der ersten Liste, die Stadtverordneten Conrads und Melchers, zu stellvertretenden Mitgliedern der Fondsverwaltung des Verfügungsfonds im Projekt „Sanierung Stadtzentrum Geilenkirchen“ gewählt.

Die beiden Stadtverordneten nahmen die Wahl an.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Richtlinien für die Vergabe von Finanzmitteln aus dem Verfügungsfonds im Projekt „Sanierung Stadtzentrum Geilenkirchen“ zu verabschieden. Weiterhin bestimmt der Rat aus seiner Mitte zwei Mitglieder und deren Stellvertreter.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 11 Vorstellung eines Konzepts zur "Weiterentwicklung des Wurmauenparks"
Vorlage: 403/2011

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 12 Vorstellung und Beratung über die Herstellung eines gestifteten Kunstwerkes auf der Bahnhofsvorfläche im Stadtteil Lindern
Vorlage: 383/2011

Stadtverordneter Hoffmann stellte fest, dass die Unterlagen zum Punkt ungenau gewesen seien und seine Fraktion nach wie vor Beratungsbedarf habe. Daher beantrage er die Verschiebung des Punktes in eine der nächsten Sitzungen.

Stadtverordneter Benden stimmte zu, dass er sich ebenfalls vehement gegen den Punkt wehre. In dem Gespräch des Bürgermeisters mit den Fraktionen sei besprochen worden, den Punkt in der Sitzung abzusetzen. Nun sei er nach wie vor auf der Tagesordnung, obwohl bspw. nichts über die Skulptur bekannt sei. Er habe sich eigentlich auf das Wort des Bürgermeisters verlassen.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass er das Dilemma der Fraktionen verstehe. Er habe jedoch in letzter Minute Informationen erhalten, die nach Erörterung in der heutigen Sitzung zu einer Beschlussfassung führen könnten. Eine Vertagung sei seines Erachtens nicht mehr notwendig.

Stadtverordneter Kravanja bestätigte, dass der Bürgermeister die Absetzung des Tagesordnungspunktes zugesagt habe. Nun werde der Punkt beibehalten. Wie die anderen habe seine Fraktion sich auch nicht umfassend auf den Punkt vorbereitet. Daher schlage er vor, dass der Bürgermeister den neuen Sachstand präsentiere und die Beschlussfassung auf einen anderen Termin verschoben werde.

Stadtverordneter Conrads warf ein, ob nicht eine 5-minütige Beratungspause ausreiche, um heute einen Beschluss über den Punkt zu fassen.

Stadtverordneter Dr. Möhring erinnerte daran, dass keine Dringlichkeit bestehe. Daher solle ein Beschluss nicht übers Knie gebrochen werden.

Stadtverordneter Wolff entgegnete, dass der Stadtverordneter Tartler als Ortsvorsteher Linderns im Anschluss interessante Neuigkeiten präsentieren werde. Man solle bedenken, dass es sich um eine Bürgerinitiative aus dem Ort heraus handle. Das Fundament werde vom Künstler selbst gegossen und auf die Stadt komme ein sehr geringer Aufwand zu. So viel Initiative solle nicht mit derartiger Skepsis begegnet werden.

Bürgermeister Fiedler ergänzte, dass die peinliche Situation in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung seines Erachtens einzig durch den Dank des Ausschussvorsitzenden Herrn Conrads an den Künstler ein wenig gedämpft worden sei. Wie Stadtverordneter Tartler ihm berichtet habe, konnten nun auch einige Linderner Vereine für das Projekt gewonnen werden. Der Stadtverordnete werde darüber hinaus noch berichten, dass der Bauhof nur noch ein paar Meter Bürgersteig an dem neuen Kunstwerk verlegen müsse. Das Kunstwerk werde der Stadt von den Linderner Bürgerinnen und Bürgern geschenkt. Er halte es für sinnvoll, von der Abwehrhaltung Abstand zu nehmen und nicht aufgrund von Nebensächlichkeiten ein Geschenk auszuschlagen.

Stadtverordneter Dr. Evertz meinte, dass man schwerlich von Peinlichkeiten im Ausschuss reden könne. Derzeit bräuchten die Fraktionen einfach noch etwas Beratungszeit und dies könne nicht als Peinlichkeit bezeichnet werden. Vielmehr sei es doch sehr zu begrüßen, wenn die Entscheidung in Ruhe getroffen werde.

Stadtverordneter Benden erklärte, dass ihn interessiere, seit wann der Verwaltung die neuen Informationen vorlägen. Offenbar lägen der CDU-Fraktion auch schon sämtliche Informationen vor. Zudem habe der Stadtverordnete Tartler im Ausschuss keine Informationen über die Einstellung der Linderner Bevölkerung zum Kunstwerk geben können und dadurch ein sehr schlechtes Bild abgegeben.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass die Informationen seit gestern vorlägen. Zudem habe der Stadtverordnete Tartler die Zeit nach der Ausschusssitzung für die Unterfütterung des Projekts genutzt. Die Dinge seien nun im Fluss.

Stadtverordnete Slupik wunderte sich, dass sie die Debatte im Ausschuss offenbar vollkommen anders wahrgenommen habe. Es gehe in der Angelegenheit nicht um komplexe Zusammenhänge, für die größerer Beratungsbedarf bestehe sondern um einen recht simplen Projektvorschlag.

Stadtverordneter Conrads stimmte zu, dass er die Ergebnisse der Ausschusssitzung ebenfalls anders in Erinnerung habe. Der Stadtverordnete Tartler sei im Ausschuss gebeten worden, weitere Informationen zu sammeln, um diese in der Ratssitzung am 13.04. wiederzugeben und einen Beschluss zu fassen. Daher habe sich jede Fraktion ganz klar um die Angelegenheit kümmern müssen, um in der heutigen Ratssitzung eine Beschlussfassung zu ermöglichen.

Stadtverordneter Tartler bestätigte, dass er für die Meinung der Linderner Bevölkerung in der letzten Ausschusssitzung keine klaren Worte habe finden können. Nun könne er jedoch bestätigen, dass das Projekt befürwortet und gewünscht werde. Nach dem Bericht über die Ausschusssitzung in der Geilenkirchener Zeitung sei man teilweise darüber verwundert gewesen, dass im Ausschuss eine Beschlussfassung nicht möglich gewesen sei. Der Künstler habe nach der Ausschusssitzung beschlossen, die Fundamente für das Kunstwerk selbst anzulegen. Zudem werde der Bewuchs der Grünfläche durch den Künstler sowie freiwillige Helfer entfernt. Lediglich die Verlegung des Bürgersteigs müsse durch den Bauhof vorgenommen werden. Da ein Bürgersteig aber ohnehin fachmännisch verlegt werden müsse, sei die Verrichtung der Arbeit durch den Bauhof sicherlich sinnvoll und im Sinne der Verkehrssicherungspflicht der Stadt. Im Gegensatz zum Wurmfenster würden kaum Kosten entstehen. Zudem werde eine ohnehin unansehnliche Hecke auf der Grünfläche entfernt. Die Unterhaltung der Fläche werde durch Eigeninitiative der Linderner Bevölkerung und des Künstlers erfolgen.

Bürgermeister Fiedler dankte dem Stadtverordneten für seine Ausführungen und fasste nochmals zusammen, dass die Bürgerinitiative bzw. der Künstler das Fundament für das Kunstwerk legen, die Hecke entfernen und auch Instandhaltungs- und Pflegearbeiten vornehmen würden. Die Stadt sei lediglich bei der Verlegung des Bürgersteigs beteiligt.

Stadtverordneter Sybertz bemerkte, dass in der Vorlage von 3.500 € Kosten die Rede gewesen sei. Dies habe natürlich verwirrt. Natürlich sei ein Kunstwerk für den Ortsteil Lindern zu begrüßen und die Initiative der Bürgerinnen und Bürger sei sehr positiv.

Bürgermeister Fiedler betonte, dass das Ergebnis der Ausschusssitzung bei Versand der Einladung zum Rat aufgrund des kurzen Zeitabstands zwischen den Sitzungen nicht bekannt gewesen sei. Dass die anfallenden Kosten entscheidend für die Entscheidung über das Projekt seien, könne er natürlich nachvollziehen.

Stadtverordneter Graf führte aus, dass seine Fraktion in der Ausschusssitzung die fehlende Eigeninitiative bemängelt habe. Den Schilderungen des Stadtverordneten zufolge sei hier nun Abhilfe geschaffen worden, so dass seine Fraktion keine Probleme mehr sehe.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Kassel erklärte I. Beigeordneter Hausmann, dass die Arbeiten durch den Bauhof ein bis zwei Tage in Anspruch nehmen würden.

Stadtverordneter Dr. Evertz bedauerte die Schärfe der Diskussion. Die Missverständnisse hätten direkt zu Anfang durch den Bürgermeister ausgeräumt werden können, wenn er die neuen Erkenntnisse zum Projekt genannt hätte.

Bürgermeister Fiedler entgegnete, dass er aufgrund der direkt aufbrandenden Diskussion keine Chance zu Erläuterungen erhalten habe.

Stadtverordneter Hoffmann wies darauf hin, dass der Rat der Stadt wohl zum ersten Mal einen Antrag auf Verschiebung eines Tagesordnungspunktes zum Zwecke weiterer Beratungen abgelehnt habe.

Beschluss:

Der Rat stimmt der Errichtung eines Kunstwerks unter Bereitstellung der städtischen Fläche zu. Die Ausführungen der erforderlichen Arbeiten zur Herstellung des Bürgersteigs sollen vom Bauhof der Stadt erbracht werden.

Nach der Beschlussfassung dankte Bürgermeister Fiedler dem Stadtverordneten Tartler für sein Engagement und wünschte viel Glück und Erfolg bei den anstehenden Arbeiten und bat dem Künstler viele Grüße auszurichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	1

TOP 13 Beratung über die Art und Weise der Bürgerbeteiligung bei kommunalen Vorhaben Vorlage: 327/2011

Bürgermeister Fiedler erläuterte, dass die Vorlage schon diverse Gremien durchlaufen habe. Er schlug vor, den letzten Satz des Beschlussvorschlags aus dem Umwelt- und Bauausschuss zu streichen und den restlichen Vorschlag zu übernehmen.

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig, die informelle Bürgerbeteiligung für den III. Bauabschnitt durch das Veranstellen einer Einwohnerversammlung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	1

TOP 14 Resolution zum Atomkraftwerk Tihange Vorlage: 415/2011

Stadtverordneter Hoffmann führte aus, dass die Resolution an sich selbsterklärend sei. Die Stadt Geilenkirchen könne sich wie Kommunen aus der näheren Umgebung in einem Brief an den Landrat wenden.

Der Rat einigte sich darauf, dass der Verweis auf die Versicherung in der Resolution stehen bleiben könne, wenngleich der Abschluss von Versicherungen gegen Erdbebensschäden über andere als das in der Resolution benannte Versicherungsunternehmen möglich sei.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragte die Verwaltung, sich im Sinne der Resolution mit dem Kreis Heinsberg bzw. der Städteregion um Auskünfte zu den Sicherheitsstandards des Atomkraftwerks Tihange zu bemühen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	4
Enthaltung:	0

TOP 15 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

a) Stadtverordneter Wolff wies darauf hin, dass er Wert auf die Feststellung lege, dass der Bürgermeister und die Verwaltung die Fraktionen in einem Gespräch über den Haushalt unterrichtet hätten; die Beteiligung zumindest seiner Fraktion habe nicht häufiger stattgefunden.

Darüber hinaus teilte er mit, dass er Neuigkeiten zum Bau der K3 vernommen habe. Und zwar strebe die Verwaltungsspitze des Kreises die Eröffnung zweier Planfeststellungsverfahren in den Bereichen bis zur Mülldeponie und von der Mülldeponie bis nach Gillrath an. Der Rat der Stadt vertrete in Sachen K3 sicherlich eine Meinung und lehne eine Planfeststellung über die Mülldeponie hinaus ab. Ihm sei signalisiert worden, dass von der Eröffnung zweier Verfahren bei Intervention des Geilenkirchener Rates Abstand genommen werde. Daher bitte er den Bürgermeister zum richtigen Zeitpunkt ein Signal Richtung Kreis zu senden.

Stadtverordneter Hoffmann stimmte dem Stadtverordneten Wolff zu und bestätigte, dass seine Fraktion eine Planfeststellung über die Deponie hinaus nicht unterstütze.

Bürgermeister Fiedler schlug vor, formal korrekt im nichtöffentlichen Teil unter einen zusätzlichen TOP 19 einen Beschluss über den Vorschlag zu fassen.

Stadtverordneter Benden erklärte, dass der Rat durch einen Beschluss sowohl für den Kreistag als auch für den Landrat ein Signal setzen würde.

b) Stadtverordneter Beemelmans führte aus, dass am 13.11.2010 ein Unwetter über Gillrath niedergegangen sei. Die Rückhaltebecken am Gillrather Hof und bei Teeuwen hätten Schlimmeres verhindert. Er fragte nach, ob die Schieber in den Rückhaltebecken installiert worden seien und wenn ja, wann die versprochene Schulung der Löscheinheit Gillrath/Hatterath erfolge.

I. Beigeordneter Hausmann antwortete, dass die Schieber – wenn noch nicht geschehen – schnellstmöglich eingebaut würden. Sobald der Einbau fertig gestellt sei, werde die Löscheinheit in die Bedienung der entsprechenden Armaturen unterwiesen.

c) Stadtverordneter Kappes machte darauf aufmerksam, dass in den Bäumen des Friedhofs in Immendorf unwahrscheinlich viele Raben nisten würden. Problematisch sei, dass die Vögel durch ihren Unrat sämtliche Gräber und Grabsteine in ihrer Umgebung stark verschmutzen würden. Daher erkundige er sich bei der Verwaltung, was gegen diesen Missstand unternommen werden könne.

Stadtverordnete Frohn warf ein, dass sie zufällig wisse, dass die Vögel einzig durch Greifvögel vertrieben werden könnten, d.h. dass bspw. ein Falkner bestellt werden müsse.

Stadtverordneter Dr. Evertz ergänzte, dass man zwischen Raben- und Saatkrähen unterscheide, wobei letztere dem Naturschutz unterstehe, da sie stark gefährdet sei. In Bezug auf den Friedhof sollte also geklärt werden, welche Art dort vorkomme.

Bürgermeister Fiedler versicherte, dass die Verwaltung das Problem kenne und diesbezüglich bereits umfassende Recherchen betreibe. Neben Raben- und Saatkrähen gebe es auch noch Aaskrähen, deren Bejagung erlaubt sei. Aus den Nachbarkommunen habe man bereits von Umsiedlungsaktionen gehört. So könne bei den in Geilenkirchen vorkommenden Krähen ein Migrationshintergrund nicht ausgeschlossen werden. Der Hinweis auf einen Falkner sei ihm neu und er werde ihm gerne nachgehen. Eine Umsetzung der Nester sei vermutlich nicht sinnvoll, da die Vögel vermutlich an gleicher Stelle erneut nisten würden. Die Verwaltung befasse sich intensiv mit dem Problem und werde jedwede Lösung in Erwägung ziehen.

d) Stadtverordneter Schumacher fragte nach, ob die Stadt nicht ein Parkleitsystem für die Zeit während und nach der Bauphase installieren könne.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass genau dies zu Beginn der Bauphase diskutiert worden sei und an der Frage der Finanzierbarkeit gescheitert wäre. Zu begründen sei dies in der graphischen Darstellung der Geilenkirchener Innenstadt und der vorhandenen Parkmöglichkeiten. Tatsächlich könnte in Geilenkirchen an 40 Stellen öffentlich geparkt werden und eine Graphik über diese Situation sei sehr komplex. Daher könne eine Beschilderung nicht wahrgenommen werden, da Schilder in dieser Größe sehr teuer seien und gerade in der jetzigen haushalterischen Situation jedes finanzielle Budget sprengen würden.

e) Stadtverordneter Graf erkundigte sich, ob die Verwaltung wie im November 2010 beschlossen, bereits eine Datenerhebung über die Nutzung der Wirtschaftswegebrücke bei Müllendorf erhoben habe.

Bürgermeister Fiedler entgegnete, dass die Verwaltung einen Termin nach Ostern anstrebe. Dass sich das Wetter vor Ostern so positiv entwickle sei leider nicht vorhersehbar gewesen und ein Termin sei aufgrund dessen noch nicht anberaumt worden.

f) Stadtverordneter Dr. Evertz führte aus, dass er wie zu Anfang bereits beantragt nochmals über die Zufahrt zum Rathaus während der Bauphase des II. Bauabschnittes sprechen wolle. Seitens der Elternschaft des Kindergartens habe es einen anonymen Brief gegeben, in dem Bedenken gegen die jetzige Regelung erhoben würden. Tatsächlich würde der Weg nach wie vor von Fußgängern genutzt und die Situation sei sehr gefährlich. Daher schlage er erneut vor, die Zuwegung zum Rat- und Parkhaus über den Marktplatz hinter Jabusch zu gewährleisten.

Bürgermeister Fiedler erwiderte, dass er in der Tat einen anonymen Brief erhalten habe. Er habe Verständnis dafür, dass Eltern sich für die Interessen ihrer Kinder einsetzen. Die Anonymität des Briefes habe ihn jedoch betrübt. Es gebe weder vom Kindergarten noch vom Elternbeirat des Kindergartens eine offizielle Stellungnahme oder gar eine Beschwerde. Natürlich sei der Brief ungeachtet mehrerer Rechtschreibfehler wohl formuliert. Aber die angeprangerten Probleme nehme offenbar jeder anders wahr. So sei die Neigung der Treppe seitlich neben dem Kindergarten durch die neue Konstruktion geringer als vorher. Auf eine mögliche Rutschgefahr bei Regenwetter durch Vermengung von Sand und Wasser habe er persönlich hingewiesen. Die Verwaltung komme ihrer Sorgfaltspflicht umfassend nach. Auch das Parkhaus sei nicht nur für städtische Bedienstete, sondern durch die Öffentlichkeit nutzbar. Zudem seien die städtischen Bediensteten dazu aufgefordert worden, nicht im Parkhaus zu parken, so dass das Parkhaus derzeit fast gar nicht genutzt werde. Normalerweise würden anonyme Briefe zu Recht ungelesen in den Papierkorb gehören. Er sei immer erstaunt, dass manche Personen bei Beschwerden gegenüber der Verwaltung Repressalien befürchten würden und sich daher anonym an die Verwaltung wenden würden. Dieses Vorgehen mache ihn betroffen. Immerhin lebe man in Deutschland in einer Demokratie.

Stadtverordneter Dr. Evertz beantragte die erneute Prüfung der Zufahrt zum Rat- und Parkhaus über den Marktplatz hinter dem Restaurant Jabusch entlang.

Bürgermeister Fiedler entgegnete, dass die jetzige Lösung seit dem 01.03. publik gemacht worden sei. Die Straßenführung sei mit allen beteiligten Behörden, u.a. auch der Polizei und der Feuerwehr, getestet und abgesprochen worden. Hierbei seien Aspekte wie Rettungswege und Sicherheit beachtet worden und diese Art der Zufahrt sei als bestmögliche Lösung ausgewählt worden. Die Beobachtungen der letzten beiden Tage würden zudem den Eindruck bestätigen, dass Autofahrer und Fußgänger hervorragend miteinander zurecht kommen und aufeinander Rücksicht nehmen würden.

Stadtverordneter Wolff bestätigte diesen Eindruck.

Stadtverordneter Sybertz wunderte sich über die Debatte; immerhin habe man sich im Umwelt- und Bauausschuss ausführlich beraten und einen Beschluss gefasst.

Auf erneute Nachfrage des Stadtverordneten Dr. Evertz stellte Bürgermeister Fiedler die Ergänzung der Tagesordnung unter Punkt 20 (Antrag auf erneute Prüfung der Zufahrt zum Rathaus/Parkhaus durch die Verwaltung) zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat lehnte die Ergänzung der Tagesordnung um Punkt 20 mehrheitlich ab.

TOP 16 Fragestunde für Einwohner

Es gab keine Nachfragen der Einwohnerinnen und Einwohner.

Sitzung endet um: 21:00

Vorsitzender

Schriftführer/in:

Bürgermeister
Thomas Fiedler

Tina Offermanns